

Stoibers Sturz. Ein Beispiel für die Selbstgefährdung politischer Macht*

Heinrich Oberreuter

Als am 17. Januar 2007 der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber* seinem Stellvertreter und Innenminister *Günther Beckstein* beschied, er möge sich doch mit *Erwin Huber*, Chef der Staatskanzlei, beraten, wenn sich an der Spitze etwas ändern solle, glaubte er, seinen Kopf aus der Schlinge gezogen zu haben. Denn beider Rivalität schien unüberbrückbar. Doch die beiden brauchten nur wenige Minuten, um sich auf jenes Tandem zu einigen, das auf dem Parteitag am 28. und 29. September 2007 die Geschicke der CSU und mit der Wahl des Ministerpräsidenten am 9. Oktober die Geschicke des Freistaats auch formal in seine Hände genommen hat.

1. Die Etappen der Denominierung des Amtsinhabers

*1.1. Der Rücktritt *Stoibers**

Vorausgegangen waren zwischen dem 18. Dezember 2006 und dem 18. Januar 2007 turbulente, ja chaotische Tage mit Ergebenheitsadressen der CSU-Landesgruppe im Bundestag und des Präsidiums der Partei, die jedoch schon konditioniert gewesen waren. Sie hätten es *Stoiber* ermöglicht, die CSU in die Landtagswahl 2008 zu führen und danach einen geordneten Generationenübergang zu bewerkstelligen, wenn er nicht den Fehler begangen hätte, auf eine Journalistenfrage nach seiner Verweildauer im Amt zu antworten: „Ich mache keine halben Sachen!“ Daraufhin geriet die Lage außer Kontrolle. In Fraktionsvorstand und Fraktion zeigten kritische, ja bittere Diskussionen die Erosion des Vertrauens zum Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden an. Am Abend des 17. Januar ereignete sich die geschilderte Schlüsselszene. Während *Stoiber*, sich der Konsequenzen offenbar immer noch nicht ganz bewusst, mit anderen Amtsträgern Gespräche führte, bastelten Abgeordnete in den Sälen und im Bierkeller von Wildbad Kreuth bereits an neuen Kabinettslisten. Am Morgen des 18. Januar explodierte die Meldung über die im Dreieck *Stoiber-Beckstein-Huber* gefundene Problemlösung. Ein Rückzug, der seine Selbstbestimmung gewahrt hätte, war *Stoiber* nicht mehr möglich. Nach einer Besprechung mit seinem Finanzminister, Leistungsträger im Kabinett und Vertrauten *Kurt Faltlhauser* reifte um die Mittagszeit die Rücktrittsentscheidung. Gegen 14 Uhr wurde sie verkündet.

Diese Ereignisse beendeten vorläufig eine beispiellose Krise, die *Stoiber* selbst am 18. Dezember 2006 ausgelöst hatte, als er der Fürther Landrätin *Gabriele Pauli*, die im Machtgefüge der Partei keine wesentliche Rolle spielte, auf ihren im Landesvorstand erhobenen Vorwurf, die Staatskanzlei bespitzte ihr Privatleben, keine Klärung der Angelegenheit anbot, sondern sie mit der Bemerkung abspeiste: „Sie sind nicht wichtig!“ Wegen dieser offenkundigen menschlichen Missachtung vereiste die Stimmung in der Versammlung augen-

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag vor der German Studies Association in San Diego am 5. Oktober 2007.

blicklich. *Stoiber* verweigerte *Pauli* das Gespräch zunächst auch weiterhin und ebnete ihrer Kritik dadurch zusätzlich den Weg in die Öffentlichkeit. Zu einer souveräneren Reaktion war er offensichtlich nicht fähig, weil die Landrätin schon im Mai seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur 2008 gefordert und im November ein Internetforum eingerichtet hatte, in dem über *Stoibers* Zukunft diskutiert werden konnte. Ihren durchaus diskutablen Vorschlag über Mitgliederbefragungen und Urwahl des Spitzenkandidaten entwertete sie, indem sie ihn offensichtlich mit der Idee verband, *Stoiber* aus seinen Ämtern zu entfernen.

Diese Idee war für den Amtsinhaber so herausfordernd, ja geradezu gefährlich, weil sie das Ergebnis eines lang anhaltenden Prozesses darstellte, in dessen Verlauf das Vertrauen in den Parteichef und Ministerpräsidenten immer weiter verfallen war. Es war dieser Vertrauensverfall, der zur Denominierung *Stoibers* führte, nicht die Periode zwischen dem 18. Dezember 2006 und dem 18. Januar 2007, nicht die Aktionsweise *Gabriele Paulis*. Immerhin hat aber beides zu einem realistischen Blick auf den „Kaiser“ geführt. Die Öffentlichkeit sah, dass er „nackt“, politisch also ohne Vertrauen dastand. In einer solchen Situation kann man Partei und Regierung nicht mehr führen. Diese Einsicht hat *Stoiber* zum Rückzug veranlasst.

1.2. Am Anfang: überbordendes Machtgefühl

Der Keim des Machtverlusts und erste Schritte zur Denominierung liegen jedoch schon im Augenblick des größten Triumphes. Bei der Landtagswahl am 21. September 2003 errang die CSU die Zweidrittelmehrheit der Sitze im Landtag.¹ In der anschließenden Regierungs-erklärung wurde eine unvorhergesene, im Wahlkampf nicht thematisierte, Wahlkampfaussagen zum Teil sogar widersprechende Wende vollzogen: Die Priorität des ausgeglichenen Haushalts sollte demnach durch massive Kürzungen in fast allen Bereichen, durch Mehrarbeit für Beamte und durch eine rigide, rücksichtslose und gelegentlich das Augenmaß verlierende Verwaltungsreform erreicht werden. Es wurde angekündigt, die gymnasiale Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen, während im gleichen Augenblick der neue Lehrplan für das alte Modell ausgeliefert wurde. Leidtragende waren nicht zuletzt auch die Kommunen – also die sprichwörtlich wohlfunktionierende Basis der Partei. Kritik hagelte es von Lehrern, Polizisten, Hochschulen, Landwirten, Beamten, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, selbst von den treuen Trachtengruppen, denen Zuschüsse gestrichen werden sollten. Trotz anders lautender Versprechungen blieb auch der Bildungsbereich nicht verschont. Deutliche Kritik erhob sich auch in der Landtagsfraktion. Forderungen wurden laut, das Reformtempo zu drosseln, der Fraktion mehr Mitsprache einzuräumen, die Betroffenen einzubinden und anzuhören. Partebasis, Fraktion und Öffentlichkeit, die wichtigsten Fundamente demokratischer Herrschaft, hatten sich von der politischen Führung durch deren rigorose Entscheidungen entfremdet.

1 Vgl. Günter Rieger, Die bayerische Landtagswahl vom 21. September 2003: Banale Sensationen, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 4, S. 702 ff.

1.3. Emotionaler Einbruch

Auf eher symbolischer Ebene vollzog sich der zweite tiefe Vertrauenseinbruch, verursacht durch *Stoibers* Wankelmut um den Wechsel nach Berlin und seinen Rückzug von diesem Wechsel. Dafür gab es durchaus rationale Gründe, die öffentlich zu kommunizieren sich freilich verbot – zum Beispiel die fehlende Unterstützung der Kanzlerin in der Diskussion um den Zuschnitt des in Aussicht genommenen Ministeriums. Dies einzugestehen, hätte Schlussfolgerungen auf positionelle Schwächungen Bayerns und der CSU im neuen Berliner Regierungsgefüge zugelassen.

Zugleich war in Bayern die Nachfolgediskussion zwischen *Stoibers* Rivalen *Huber* und *Beckstein* voll und durchaus bitter entbrannt. *Stoibers* Rückkehr hinderte beide am weiteren Aufstieg auf der Karriereleiter, ob auf Landes- oder Bundesebene. Spätestens zu diesem Zeitpunkt zerfiel offensichtlich ihre persönliche Loyalität zu *Stoiber*, während die politische noch bis zum Ende trug.

Massiv war die Kritik an der Parteibasis und in der Bevölkerung. *Stoibers* Wankelmut wurde dort als Verrat an bayerischer Gerechtigkeit und Verlässlichkeit empfunden. Er habe, sagte ein Abgeordneter, den Bayern ihren Stolz genommen. Dies ist alles andere als Folklore, denn eine Partei, die sich so sehr mit der Mentalität des Landes identifiziert und mit dieser auch vom Lande weithin identifiziert wird, kann daraus nicht nur Nutzen ziehen; sie muss auch den Malus zur Kenntnis nehmen, wenn durch sie oder einzelne ihrer prominenten Akteure diese Identität beschädigt wird. Die Mandatsträger bekamen dies bei ihrer Wahlkreisarbeit, auch bei der Parteiarbeit, intensiv zu spüren, bis hin zu etlichen Parteiaustritten. Die Folge war ein Aufstand der Fraktion am 9. November 2005 (circa 40 Wortmeldungen in fünf Stunden bei der Fraktionsversammlung) mit heftiger Kritik am Führungsstil, an der Einkapselung in der Staatskanzlei und mit der Forderung nach Kabinettsumbildung und Generationenwechsel.

Erstmals deuteten sich Konsequenzen an, als der Landesvorsitzende der Jungen Union, *Manfred Weber*, von Putsch und der Landtagspräsident *Alois Glück* von einer bedrohlichen Lage für *Stoiber* redeten. Zwar sprach ihm wenig später der Parteitag (bei einer Enthaltung durch *Pauli*) das Vertrauen aus; die Führungsdiskussion wurde jedoch latent weitergeführt. Beim 60. Partejubiläum am 4. Dezember 2005 schlug dem Vorsitzenden eine eher feindseitige Stimmung entgegen, und in der Fraktion artikulierte sich politischer Widerstand, dem ein Abgeordneter in einem Brandbrief an Partefunktionäre durch seine Forderung nach *Stoibers* Rückzug wegen versäumter Erneuerung Ausdruck verlieh. Im Grunde schwelte über dem ganzen Jahr 2006, in dem *Stoiber* systematisch die Bezirke des Landes und der Partei bereiste, das Fragezeichen, ob es ihm gelingen könne, ausreichend Vertrauen zurückzugewinnen, um die CSU in die Wahl 2008 zu führen. Insofern war seine Denominierung als Partei- und Regierungschef durch die Fraktion im Januar 2007 der Schlusspunkt in einem schon länger währenden Erosionsprozess. Die Fürther Landrätin hatte durch ihre Zivilcourage nur ein Streichholz auf eine verdörnte Vertrauenssteppe geworfen und jenen Flächenbrand entfacht, den außer *Stoiber* kaum mehr jemand löschen mochte.

2. Selbstgefährdungen der Macht

Was aber steht hinter den äußeren Abläufen, die demokratietheoretisch durchaus korrekt sind und wie in einem Bilderbuch zeigen, dass Demokratie ein System des Vertrauens ist

und Ämter in ihr nicht mehr geführt werden können, wenn dieses Vertrauen in Öffentlichkeit, Fraktion und Partei schwindet. Auch normative Annahmen über das Funktionieren politischer Kommunikation und über kommunikative Rückbindung zwischen Fraktion und Regierung fanden Bestätigung.² Wo die legitimitätsstiftende Kommunikation verfällt, verfällt letztendlich auch die Legitimität. Und wo die Öffentlichkeit die Mandatsträger unter Druck setzt, geben diese den Druck an die Führung weiter mit den entsprechenden Konsequenzen, schon weil sie einen Stimmungseinbruch, eine Verschlechterung der demoskopischen Daten und damit um ihre Wiederwahl fürchten. Allerdings hatte während der ganzen Affäre nur die Person, nicht aber die Partei ausweislich der Meinungsumfragen Schaden gelitten. Gleich einer offenen Schere klafften die Daten für *Stoiber* und die CSU auseinander.

Neben seiner Bedeutung für das Land Bayern ist *Stoibers* Sturz auch ein Musterbeispiel für die Selbstgefährdung von Macht und politischer Führung.

2.1. Narzissmus

„Would a sane person go through what you have to do to be a senator or a president? You really have to have a great ego ... most normal people would not be willing to take the abuse you have to take when you run for office.“³

Gibt es Persönlichkeitsmerkmale, die politische Eliten kennzeichnen und sie veranlassen, sich den Zumutungen derartigen Exponiertseins zu unterwerfen? Zu Zeiten *Harold Lasswells* hatte man im Wesentlichen Machtmotive unterstellt.⁴ Heute rekurriert man auf die narziss-tische Persönlichkeit: „Während des Studiums von Führungspersönlichkeiten erkannten wir bald, daß eine entscheidende Komponente ihrer Orientierung die Qualität und Intensität ihrer narzisstischen Entwicklung ist. Falls es eine bestimmte Persönlichkeitskonstellation gibt, zu der Führer neigen, so ist es die narzisstische.“ Und weiter: „Narzissen meinen, dass sie sich eher auf sich selbst als auf andere verlassen müssen, ...“, und sie sind damit beschäftigt, „ihre Adäquanz, Macht, Schönheit, ihren Status, ihr Prestige und ihre Überlegenheit nachzuweisen“⁵. Zu den Persönlichkeitszügen gehören ausweislich der Forschung Interesse an Größe, Bestätigung und auch Bewunderung. Sie sollen wenig Einfühlungsvermögen für ihre Mitmenschen haben und diese gelegentlich ausbeuten.⁶ Dies alles kann sich krankhaft zuspielen. Davon kann im vorliegenden Fall jedoch nicht im Geringsten die Rede sein.

- 2 Dazu Heinrich Oberreuter, Legitimation durch Kommunikation. Zur Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik, in: Jürgen W. Falter / Christian Fenger / Michael Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11. – 13. Oktober 1983 in Mannheim, Opladen 1984, S. 238 – 253.
- 3 William Samek, Direktor des Florida Sexual Abuse Treatment Program, zitiert nach Peter Winterhoff-Spurk, Politiker in der Mediengesellschaft: Eine Annäherung aus mediengesellschaftlicher Perspektive, in: ders. / Michael Jäckel (Hrsg.), Politische Eliten in der Mediengesellschaft, München 1999, S. 10.
- 4 Harold D. Lasswell, Power and Personality, Westport 1948.
- 5 Manfred Kets de Vries, Narzißmus und Führung, in: Alfred Kieser u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Führung, 2. Auflage, Stuttgart 1995, S. 1609 – 1622.
- 6 Otto F. Kernberg, Zur Behandlung narzisstischer Persönlichkeitsstörungen, in: Psyche, 29. Jg. (1975), S. 890 – 905.

Es ist aber doch darauf aufmerksam zu machen, dass in der Bayerischen Staatskanzlei mit zunehmender Verweildauer das Interesse an der Macht und an ihren Insignien stieg und eine gewisse, die Kommunikation mit dem Umfeld und der Fraktion beschädigende Ichbezogenheit und ein Personalrevirement festzustellen ist, das kritische Geister auf Distanz und weniger kritische Bewunderer in Exklusivitätspositionen gebracht hat. Durchaus lässt sich auch von – wenn auch unbewussten – ausbeuterischen Tendenzen sprechen und davon, gerade Ausgebeutete fallen zu lassen, was ein Indiz für gelegentlichen Mangel an Empathie sein könnte, welche die Forschung diesem Typus zuordnet.

Hinzu tritt der mediale Persönlichkeitskult und der Drang danach, der durch den Personalisierungstrend unterstützt wird, dem Politik und Medien insgesamt seit langem unterliegen. Allerdings bleibt die Frage, ob man auch die entsprechende, diesem Spiel angepasste Medienkompetenz besitzt und seine Authentizität bewahren kann. In den Worten *Peter Glotz'*: „Wer Bürgermeister oder Ministerpräsident werden will, der macht Persönlichkeitsveränderungen durch. Er muß lächeln, auch wenn ihm nicht danach zumute ist. Er muß freundlich interessiert schauen, wenn er eigentlich explodieren will. Er muß sich bei ‚Mainz, wie es singt und lacht‘ einen Hut aufsetzen lassen, und manchmal muß er auch bei *Rudi Carrell* in Quizsendungen fahrradfahren.“⁷ Im bayerischen Fall muss die Einschätzung hinsichtlich der Medienzwänge und der Authentizität ambivalent ausfallen.

2.2. Überlastung

„Eine Unmenge von Tatsachen und Meldungen, Vorschlägen und Vermutungen, dringt Tag für Tag und Stunde für Stunde auf ihn (auch den absolutesten Fürsten, H.O.) ein. Aus diesem flutenden, unendlichen Meer von Wahrheiten und Lüge, Wirklichkeiten und Möglichkeiten kann auch der klügste und mächtigste Mensch höchstens einige Tropfen herausschöpfen.“⁸

Carl Schmitt spricht hier zunächst über die Abhängigkeit von Berichten und Informationen und die Schlüsselposition derer, die sie vermitteln. Darauf ist gleich zurückzukommen. Zunächst interessiert die quantitative und qualitative Überlastung durch die Komplexität der Materien, durch Regierungsgeschäfte, rituelle Verpflichtungen und parteipolitische Aufgaben. Dies erschwert besonders Spitenpolitikern, sich substanzell den Problemen zuwenden – ein Vorwurf, den man gerade *Stoiber* nicht machen kann. Ihn zeichnete ein ausgesprochener Hang zu einer systematischen, konzeptionellen, programmatisch abgestützten, durch Sachverständ vorbereiteten und angereicherten Regierungsweise aus. Probleme bereitete ihm der Spagat zwischen diesem rastlosen Vorantreiben sachkompetenter Lösungen einerseits und der emotionalen Komponente andererseits, die in der Lage ist, andere auf dem Weg nach vorn mitzunehmen. Im Übrigen reicherte er das Überlastungsproblem noch durch sein Bestreben an, alle möglichen Materien an sich zu ziehen, sobald sie Bedeutsamkeit versprachen. Ressortverantwortlichkeit als Entlastungschance hat er oftmals nicht erkannt – aus der Überzeugung, Problemlösungen selbst vorantreiben zu müssen.

7 Peter Glotz, Parteien auf dem Prüfstand, Bertelsmann Briefe 124, Gütersloh 1989, S. 6.

8 Carl Schmitt, Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber, Pfullingen 1954, S. 14.

2.3. Konkurrenz zwischen Fraktion und Stab

„Wer dem Machthaber einen Vortrag hält, oder ihn informiert, hat bereits Anteil an der Macht, gleichgültig ob er ein verantwortlich gezeichnete Minister ist, oder ob er sich auf indirekte Weise das Ohr des Machthabers zu verschaffen weiß. Es genügt, dass er dem menschlichen Individuum, in dessen Hand für einen Augenblick die Entscheidung liegt, Eindrücke und Motive vermittelt. So wird jede direkte Macht sofort indirekten Einflüssen unterworfen. Es hat Machthaber gegeben, die diese Abhängigkeit empfanden und darüber in Zorn und Wut gerieten. Sie haben dann versucht, sich statt bei ihrem zuständigen Ratgeber anderweitig zu informieren.“⁹

Die parlamentarische Demokratie lebt in mancher Hinsicht von solch informellen Prozessen, die *Schmitt* hier beschreibt. Formelles und Informelles überschneiden sich auch in der Kommunikation zwischen Regierungschef und Fraktion, mit der Legitimität besorgt wird. Für indirekte Einflüsse gibt es sozusagen einen demokratischen Dienstweg, der empfindlich gestört ist, wenn diese Einflüsse gleichsam auf Unzuständige übergehen, die außerhalb der legitimitätsstiftenden demokratischen Kommunikationsstränge stehen. Im Extremfall konterkarieren diese Unzuständigen sogar den Fluss der Kommunikation mit jenen, von denen der Amtsinhaber letztendlich abhängt. In diesem Sinne Unzuständige schaffen eine in Methode und Substanz defizitäre Kommunikationssituation, indem sie zum Beispiel bei der Fraktion den Eindruck erzeugen, von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen, nicht ernst genommen oder gar ausmanövriert zu werden. Dieses Phänomen liegt vor, wenn ein Regierungschef sich kaum mehr auf seine Fraktion, sondern fast allein auf seinen Stab zu stützen scheint, und genau dieses Phänomen hatte sich in der Bayerischen Staatskanzlei herausgebildet. Eigentlich wären die Parlamentarier die zuständigen Ratgeber des Ministerpräsidenten gewesen.

2.4. Monopolisierung des Zugangs

„Je mehr die Macht sich an einer bestimmten Stelle, bei einem bestimmten Menschen oder einer Gruppe von Menschen wie in einer Spalte konzentriert, umso mehr verschärft sich das Problem des Korridors und die Frage des Zugangs zur Spalte. Umso heftiger, verbissener und stummer wird dann auch der Kampf unter denjenigen, die den Vorraum besetzt halten und den Korridor kontrollieren. Dieser Kampf im Nebel indirekter Einflüsse ist ebenso unvermeidlich, wie er für alle menschliche Macht wesentlich ist.“¹⁰

Die Konkurrenz um den Zugang zum Ministerpräsidenten und Parteichef ist in der Bayerischen Staatskanzlei zuletzt dadurch abgetötet worden, dass das Gespräch zwischen dem „Machthaber“ und jenen, die über das, was *Schmitt* indirekten Einfluss nennt, verfügen, auf einen ganz engen Kreis, wenn nicht sogar substantiell auf eine einzige Person konzentriert worden ist. Ausgesondert wurden all jene, die, ohne je ihre Loyalität zum Regierungschef zu verleugnen, Kritik an politischen Entscheidungen, ihrem Kurs und ihren Zukunftsaussichten geäußert hatten. Offensichtlich wurde derartige Erinnerung an Ungewissheiten zunehmend als Zweifel an Bedeutung und Kompetenz der Führung inter-

9 Ebenda, S. 15.

10 Ebenda, S. 16 f.

pretiert. *Stoiber* brachte das bewährte Team, das seinen Aufstieg in das Ministerpräsidentenamt mit ermöglicht und mit abgesichert hatte, immer weiter auf Distanz und lieferte sich Beratern aus, die ihn in seiner Meinung bestärkten, statt in scharfen Diskussionen im Widerspruch nach der besten Lösung zu suchen. Wenn die theoretischen Einsichten über narziss-tische Komponenten in der Persönlichkeitsstruktur des Führungspersonals zutreffen, gehört solche Bestätigung, die im Wesentlichen dann auch Selbstbestätigung ist, zu den Merkmalen dieses Typus hinzu. Die abnehmende Fähigkeit, sich in Frage stellen zu lassen, führt dazu, dass Realitäten, Stimmungen, Widersprüche, Kritik und Veränderungen nicht mehr rechtzeitig erkannt, in ihren Dimensionen unzutreffend wahrgenommen und eingeordnet werden. Bei *Stoiber* scheint dieser Prozess im Vor- und Umfeld der Kanzlerkandidatur 2002 eingetreten zu sein. Den verbissenen Konkurrenzkampf, den *Schmitt* prognostizierte, hat es im Stab *Stoibers* in der Tat gegeben. Er ist von denjenigen, die kritisches und auch negatives Feedback¹¹ gewährleistet hätten, verloren worden. Einer aus diesem Kreis leitet seit 2005 erfolgreich die Presse- und Informationspolitik der Bundeskanzlerin.

3. Verführungen und Verfall der Macht

Am bayerischen Beispiel können strukturelle Faktoren des Machtverfalls nachgewiesen werden, die dann einzutreten scheinen, wenn Machtpositionen sehr lange gehalten werden und eine offene Kommunikation vermieden wird: von politischen Führern aufgrund von Selbstbewusstsein und Fehleinschätzungen der Realitäten, von den politischen Mitakteuren durch opportunistische Anpassungen, solange der Regierungserfolg eigene Mandate und Positionen sichert, und von der Öffentlichkeit aus Gewöhnung, Opportunismus, falschem Respekt und Schmeichelei.

11 *Yuval Dror*, Führung von Staaten, in: *Alfred Kieser* u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Führung, Stuttgart 1987, S. 1881 – 1890.